

Gemeinderat von Zürich

11.05.05

Schriftliche Anfrage

von Roger Bartholdi (SVP)

GR Nr. 2005/ 179

Der Kanton Zürich will bei der Kantonspolizei offenbar massiv Stellen abbauen. Diese angedrohte Massnahme soll wohl den Zweck verfolgen, soviel Opposition zu erzielen, dass das vorhandene Sparpotential beim Kanton nicht ausgeschöpft wird. Die Situation ist ernst genug und die Auswirkungen für die Stadt Zürich sind zu hinterfragen.

Die Stadt Zürich hat in der Vergangenheit einzelne Polizeiaufgaben dem Kanton übergeben. Die Kantonspolizei nimmt auf dem Stadtgebiet verschiedene Aufgaben und Verantwortungen wahr. Somit würde ein allfälliger Abbau bei der Kantonspolizei einschneidende Konsequenzen für die Stadt Zürich haben, aber auch insbesondere für die Stadtpolizei.

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Auswirkungen hätte ein solcher Entscheid für die Stadt Zürich im Allgemeinen?
2. Ist damit zu rechnen, dass einzelne Aufgaben von der Kantonspolizei (wieder) von der Stadtpolizei ausgeführt werden sollen? Wenn ja, welche und mit welcher Kostenfolge für die Stadt Zürich?
3. Welche Konsequenzen hätte der geplante Abbau für die Stapo200X? Welche für die strategischen Geschäftsfelder, in welchen die Umsetzung noch pendent bzw. noch nicht vollständig umgesetzt sind?
4. Ist mit einer Reduzierung der sichtbaren Polizeipräsenz in der Stadt Zürich zu rechnen? Wenn ja, wo und in welchem Umfang? Welche Massnahmen unternimmt die Stadt Zürich um dies zu verhindern oder zu lindern?
5. Werden andere Dienstleistungen in der Stadt Zürich von der Polizei (ob Kapo oder Stapo) zukünftig von diesem Abbau tangiert sein? Wenn ja, welche und in welchem Umfang? (Ich bitte um eine detaillierte Auflistung, nach Art der Dienstleistung, Auswirkungen, personelle und finanzielle Konsequenzen)? Welchen Handlungsbedarf sieht der Stadtrat diesbezüglich?
6. Laut Medienberichten, wird sogar damit gerechnet, dass einzelne Delikte nicht mehr verfolgt werden sollten. Wenn ja, welche? Welchen Handlungsbedarf sieht der Stadtrat diesbezüglich?
7. Könnte dadurch Neuverhandlungen zum Lastenausgleich zwischen Kanton und den Gemeinden bzw. der Stadt Zürich resultieren? Welche Konsequenzen könnten solche Verhandlungen für die Stadt Zürich nach sich ziehen?

